

Frau
Staatssekretärin Susanna Karawanskij
Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Werner-Seelenbinder-Str. 8
99096 Erfurt

19.03.2021

Offener Brief

Ihre Antwort auf eine Anfrage im Thüringer Landtag vom 11.03.2021 zur Schonzeitverkürzung beim Rehwild

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,

in der gegenwärtigen Diskussion um den Umbau des Waldes angesichts des Klimawandels wird meiner Ansicht nach manches nicht richtig eingeordnet. Erlauben Sie mir dazu bitte einige Anmerkungen.

Als Ernst Haeckel vor mehr als 150 Jahren die Ökologie als biologische Teildisziplin begründet hat, meinte er damit den Haushalt in der Natur, also **alle biotischen und abiotischen Faktoren sowie deren Interaktionen** in einem Gebiet. Wir bezeichnen solche Gebiete als Ökosysteme. **Fauna und Flora eines Ökosystems sind dabei absolut gleichrangig**. Zwar führt die extreme Wald-vor-Wild-Fraktion das Waldökosystem ständig im Mund, hat aber den wissenschaftlichen Gehalt dieses Begriffs offenbar nicht verstanden oder verleugnet ihn. Gleiches gilt anscheinend leider auch für nahezu alle Akteure im politischen Raum und in verschiedenen Ministerialbürokratien.

Die Gründe, weswegen das Ökosystem Wald auch für uns Menschen sehr bedeutsam ist, muss ich hier nicht aufzählen. Vergessen oder verdrängt wird aber leider zu oft der wichtige Sachverhalt, dass die **Fauna nicht nur gleichberechtigter, sondern ebenso wichtiger Teil eines Ökosystems** ist wie die Flora. Die Tiere des Waldes müssen also sowohl bei gesetzlichen Regelungen als auch im täglichen Umgang mit ihnen mit der gleichen Fürsorge und Sorgfalt behandelt werden, wie die Pflanzen des Waldes, wobei Bäume dort

meist im Fokus stehen. Es ist absolut legitim, wenn Waldbesitzer mit dem Wald Profit machen wollen, das darf aber nicht einseitig zu Lasten des Wildes gehen. Mit dem gleichen Recht, mit dem sich Waldbesitzer um ihre Bäume Sorgen machen, sorgen sich Jäger um das Wild. Während aus Wald Profit gezogen werden kann, bezahlen Jäger für ihre Leistungen zum Wohle des Wildes noch Jagdpacht und verschiedene Aufwendungen zum praktischen Naturschutz. Mit dem gleichen Recht, mit dem Waldbesitzer Geld des Steuerzahlers in Millionenhöhe für ihren Wald fordern und bekommen, könnten Jagdausübungsberechtigte ähnlich Ansprüche für ihre Bemühungen um das Wohlergehen des Wildes fordern. Die Gesellschaft darf sich glücklich schätzen, dass die Jägerschaft das (bisher) nicht tut.

Unbestritten ist, dass forstliche Fehler der Vergangenheit, auch noch der jüngsten Vergangenheit, nicht dem Wild angelastet werden dürfen. Der Zustand der Bäume, die aus dem Äserbereich des wiederkäuenden Schalenwildes herausgewachsen sind, wird von Wildbestand und Wilddichte nicht mehr beeinflusst. Trockenheit und Käferkalamitäten hat das Wild nicht verursacht, und sie werden auch nicht durch noch so scharfe und unbarmherzige Bejagung des Wildes aus der Welt geschafft.

Wenn es um Naturverjüngung geht, kann man in alten Reinbeständen, beispielsweise der Kiefer in Brandenburg oder der Fichte in Thüringen, keine Naturverjüngung von Baumarten erwarten, die nicht vorhanden sind. Und wenn dort mittels Saat oder Pflanzung umgebaut und verjüngt werden soll, ist das ohne Schutz nur möglich, wenn tatsächlich **jedes** Reh erlegt wird. Im Sinne einer vernünftigen Abwägung zwischen Wald und Wild im Ökosystem Wald sollte Schutz junger Bäumchen bei Umwandlung von Monokultur zu Mischwald durchaus im Sinne der Verhältnismäßigkeit zumutbar sein, auch wenn es etwas kostet. Dauerbejagung wird da nicht helfen.

Rotwild ist von seiner Natur her kein typischer Waldbewohner. Es wird vom Menschen in den allermeisten Fällen an seinen natürlichen Wanderungen zwischen Sommer- und Wintereinständen gehindert. Insofern kann im Wald eingesperrtes Rotwild nur dort seinen Hunger stillen. Die Antwort darauf kann doch nicht sein, gegen Rotwild einen Vernichtungsfeldzug zu führen, wie es leider in manchen Bundesländern der Fall ist. Wenn man dem Rotwild ein Leben in seinem natürlichen Lebensraum nicht gestattet, muss man die vom Menschen hausgemachten Wildschäden auch bis zu einem gewissen Grad tolerieren.

Die Jägerschaft akzeptiert selbstverständlich, wenn aus vernünftigen waldbaulichen Gründen Wilddichten lokal abgesenkt werden müssen. Nicht akzeptabel ist es allerdings, wenn das ohne Abschussplan und unter grober Missachtung des Tierschutzes geschieht. Immerhin ist Tierschutz Verfassungsziel (GG § 20 a), und Jagdgesetze fordern ebenfalls gesunde Wildbestände. Wird Wild nach der Maxime bejagt, „nur ein totes Reh ist ein gutes Reh“, ist ein Wildbestand nicht gesund. Wild muss entsprechend seiner natürlichen Sozialstruktur leben können. D. h., eine gewisse Wilddichte darf nicht unterschritten werden, und Geschlechterverhältnis und Altersstruktur müssen möglichst naturnah sein. Das erreicht man übrigens durch einen qualifizierten Abschussplan.

Lassen Sie mich bitte nun auf einige wenige konkrete Punkte Ihrer Antwort vor dem Landtag eingehen, sehr geehrte Frau Staatssekretärin.

Eine Schonzeit von lediglich zwei Monaten (Februar und März) ist sehr wohl tierschutzwidrig. Die Begründung für den Jagdbeginn auf Rehwild bereits im April mit dem noch geringen Blattaustrieb und der deswegen besseren Sichtbarkeit des Wildes gilt in gleicher Weise für die gesamte Phase außerhalb der Vegetationszeit. Weshalb dann überhaupt eine Schonzeit?

Wiederkäuendes Schalenwild befindet sich von Mitte Dezember bis Ende März in einem anatomisch-physiologischen Zustand, den Biologen als Winterruhe bezeichnen. Verschiedene Organe werden verkleinert (Pansenvolumen minus 40 % gegenüber Sommer). Äsungsaufnahme, Stoffwechsel und lokomotorische Aktivität sind stark eingeschränkt. Wird Wild in dieser Phase in seiner Ruhe nicht gestört, werden Wildschäden im Wald (Verbiss, Schäl) sozusagen automatisch geringer, wobei man sich immer vor Augen halten muss, dass Wild nichts anderes tut, als seinen Hunger zu stillen, wenn es sog. Wildschäden verursacht. Scheucht man das Wild im Januar bei Bewegungsjagden durch die Gegend, wird der Äsungsbedarf steigen und verstärkte Wildschäden sind die Folge. Vertreibt man Wild durch Jagd bereits im April von Äsungsflächen mit frischer Vegetation, wo es seine winterbedingt leeren Energiespeicher füllen will, muss es seinen Hunger andernorts, beispielsweise in dichten Waldpartien, stillen. Auch das führt zum Anstieg von Wildschäden. Schon dieser einfache Zusammenhang sollte doch ausreichen, um Jagd in den Monaten von Ende Dezember bis Anfang Mai einzustellen. Wer in acht Monaten seinen Abschuss nicht erfüllt, versteht entweder sein Handwerk nicht oder will es gar nicht. Es ist übrigens auch durchaus fraglich, ob das Wildbret von im April erlegten Stücken tatsächlich von der Qualität her gut zu vermarkten ist.

Schließlich möchte ich Sie bitten, mir freundlicherweise mitzuteilen, auf welche Untersuchungen des Kollegen aus Tharandt Sie sich bezogen haben. Soweit ich weiß, hat dieser Kollege eine Waldschutzprofessur inne, ist von seiner akademischen Ausbildung her Forstwissenschaftler und kein Biologe.

Wenn Sie, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, bei den Beratungen in Ihrem Ministerium und im Parlament ein paar Gedanken des hier Dargestellten einfließen lassen könnten, wäre sicher nicht nur ich Ihnen sehr dankbar, sondern auch die Rehe Thüringens sowie die Landestierärztekammer Thüringens und die Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen.

Mit freundlichem Gruß
gez.

Prof. Dr. Hans-Dieter Pfannenstiel